

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/1044 –

Gute Perspektive für den Wirtschaftsstandort Hahn erhalten – Investorensuche konstruktiv begleiten

Der Landtag stellt fest:

Der Flughafen Frankfurt-Hahn hat eine bestandskräftige Betriebsgenehmigung, die eine Nachtflugerlaubnis beinhaltet. Er verfügt über eine Start- und Landebahn, die für alle Flugzeugtypen geeignet ist.

Die Fortentwicklung des Flughafens Hahn und seines Gewerbegebietes ist mit Hilfe privater Dritter voranzutreiben. Der Landtag wird das weitere Verfahren für eine Prosperität des Standorts Hahn und der dort geschaffenen Arbeitsplätze konstruktiv begleiten.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- die Entwicklung zu einer wirtschaftlichen Eigenständigkeit des Konversionsprojekts Flughafen Hahn weiter voranzutreiben,
- ein Interessensbekundungsverfahren für den Flughafen Hahn einzuleiten,
- eine Vernetzung der Flughafenstandorte Frankfurt/Main und Frankfurt/Hahn weiter anzustreben,
- auch die Belastungen durch Fluglärm für die Menschen im Hunsrück im Blick zu behalten und geeignete Maßnahmen zur Lärmreduktion zu unterstützen.

Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, auf Bundesebene

- weiterhin alle Versuche der Bundesregierung abzulehnen, das Luftverkehrsgesetz zu Lasten des Lärmschutzes zu verändern;
- gesetzgeberische Initiativen weiter zu verfolgen, zu initiieren und zu unterstützen, die der Vermeidung von Fluglärm dienen, insbesondere die die DFS verpflichten, dem Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen und betrieblichen Belangen einzuräumen;
- sich für klare rechtliche Vorgaben einzusetzen, damit zukünftig den von Fluglärm betroffenen Menschen ein stärkeres Mitwirkungsrecht eingeräumt wird und deren Interessen stärker berücksichtigt werden.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann